



# Was geht in China vor?

(Kundgebung des Deutschen Friedensartikels.)

Den empörend unmenschlichen Arbeitsverhältnissen gegenüber, die in China zum Teil noch herrschen — zehn- tausende von Kindern unter zwölf Jahren arbeiten (nach dem Bericht der Kinderarbeitskommission des Stadtrates in Shanghai vom Juni 1923, veröffentlicht im Juli 1924) über zwölf Stunden am Tage, der Durchschnittslohn der Arbeiter ist unter dem Existenzminimum in Shanghai; Frauen erhalten noch weniger ohne irgendeine Ver- sicherung, Entschädigung oder Altersversicherung und derglei- chen — diesen empörend rücksichtslosen Zuständen gegen- über fordert das Deutsche Friedensartikel die sofortige Entsendung einer Untersuchungskommission aus Persönlichkeiten, die das Vertrauen aller Schich- ten — auch der unterdrückten Klassen haben, vielleicht im Anschluß an das Internationale Arbeitsamt des Völker- bundes und die Gewerkschaften der verschiedenen Länder, um zu verhüten, daß dieser Kampf um menschenwürdige Zustände in blutigem Maschinenwettbewerb kapitalistischer Truppen niedergeschlagen werden, oder daß die Fortsetzung der schonungslosen Ausbeutung fremder Länder und ihrer Rohstoffe sich zu Kriegen von ungeheurerem Ausmaße zwi- schen den jetzt herrschenden und den beherrschten Völkern entwickelt.

## Kultur oder Barbarei?

Frankreich pflegt sich als das klassische Land der Kultur und Zivilisation zu empfinden. Französischem Geist bleibt es vorzuziehen, Marokkaner und Gennegener als Fuß- truppen gegen deutsche Bürger im Rheinland und Ruhr- gebiet zu verwenden. Er hat sie die „Kultur des modernen Krieges“ gelehrt, hat ihnen die angeborne Höherwertung der weißen Rasse übergeben. Heut erlebt er in Marokko die blutige Ernte dieser „Kultur“. Sogar Frankreich ist aber auch das Land des wildsten Nationalismus. Heut spricht es „Verrat“, wenn die von ihm im modernen Kriegswesen geschuldeten Marokkaner-Stämme um ihre nationale Selbstständigkeit kämpfen. — Ob dem offiziellen Frankreich niemals die Erkenntnis kommen wird, daß es im Namen von Kultur und Zivilisation, im Geiste eines gelunden und star- ken Vaterlandsgefühls nicht angeht, ein 65 Millionen-Volk, wie Deutschland, das in fast übermenschlicher Arbeit um seine Geländung ringt, fortzudauern mit solchen Mitteln zu knechten und zu knebeln, wie sie die Noter die Ent- wicklung, über den Sicherheitspakt, über die deutsche Luftschiffahrt darstellen? Ob es den Rückschlag solcher Vernichtung von Kultur, Zivilisation und Volksbewußtsein nicht fürchtet?

## Schutz für schwangere Arbeiterinnen.

Sozialpolitische Ausführungen des Preuß. Handelsministers. Unter Berücksichtigung der außerordentlichen Bedeutung des Schutzes der schwangernen Arbeiterinnen in menschlicher und bevölkerungspolitischer Hinsicht macht der Preussische Handelsminister unter Bezugnahme auf vorangegangene Bestimmungen die Gewerbeaufsichtsbeamten und insbesondere die Gewerbeinspektoren auf einige besonders wichtige Gesichtspunkte in Ausführungen aufmerksam, aus denen der Amtliche Preussische Vorkursdienst folgenden mittelst: Schwangere Arbeiterinnen leiden mehr als andere Personen unter der Einwirkung von Hitze, Dämpfen und Gerüchen. Die Gewerbeaufsichtsbeamten können ihnen wesentliche Erleichterungen schaffen, wenn sie für Unterbringung in einem für Schwangere geeigneten Arbeitsraum, der nicht die genannten Belästigungen hat, sorgen. Da ferner Arbeiten, die im Stehen oder Laufen auszuführen sind, Schwangernen besonders schwer fallen, unter Umständen auch zu erheblichen Schädigungen führen können, ist die Schaffung von Sitzgelegenheiten erforderlich, falls die Arbeitgeber einem beratigen Hinweis nicht ohne weiteres Folge leisten, ist im Falle einer unbegründeten Weigerung eine Anordnung auf Grund der einschlägigen Bestimmungen der Gewerbeordnung zu treffen. Die Besitzer oder Leiter großer Betriebe mit starker weiblicher Belegschaft, z. B. in der Textilindustrie, dürften

# Die Entwaffnung.

Von Charles Gide.

Der Verfasser des vorliegenden Aufsatzes, der aus der von ihm selbst redigierten Zeitschrift für genossenschaftliche Erziehung „L'Emancipation“ kommt, ist Professor an der Pariser Universität, ein Gelehrter von Weltren, Führer der französischen sozialgenossenschaftlichen Bewegung und ein er- probter Arbeiter für die Befreiung der Völker. Er ist Mitunterzeichner des Aufrufs „Abrüstung der Geister“ den französische Gelehrte und Schrift- steller veröffentlicht haben und der in unserer Nr. 19 abgedruckt ist.

Kein vernünftiger Mensch hat an die so oft wiederholte Abgeschmacktheit glauben können, daß der letzte Krieg, der letzte der Kriege war. Aber selbst die argsten Vorkämpfer konnten nicht voraussehen, daß wir 5 Jahre später die Kriegserbittere wiedersehen würden, die Jener über die Truppenbewegungen, die ungeheuren dem Feinde zuge- flossenen Verluste, die „strategischen Umgruppierungen“ für uns, die Entsendung von republikanischen Kommissaren zur Armee und die Kriegsmilitär, die zu den kämpfenden aus der Luft berniederzusehen, wie die Götter der Ilias. Zur Stunde, wo dieser Artikel erdigen wird, wird uns dieser Krieg sicher schon Tausende von Opfern gekostet haben (von denen freilich, wie der Minister sagte, 60 Prozent Eingeborene gewesen sind) und mehr als eine Milliarde Francs, das heißt ein wenig mehr, als die so schwer von den Deutschen erlangte erste Rate der Kriegsenfchädigung. — Und dieses ohne daß es Frankreich, welches mit all seinen Kräften auf Ouegra drückt“ wie der Minister sagte — gelungen ist. — Abd el Krim „in seine Juchluchtsstätte“ zurückzudrängen, wie der Temps berichtet.

Was tun, wird man sich fragen? Man muß wohl er- tragen, was man nicht verhindern kann. — Ich glaube wirklich, daß die französische Regierung diesen Krieg „nicht wollte“, aber andererseits kann ich nicht glauben, daß ein abhängiger Führer, dessen Landbesitz kleiner als ein franzö- sisches Departement ist, Frankreich den Krieg zu erklären wagt, wo er doch befristet muß, daß Spanien ihm mit dem Dolche in den Rücken fällt. (1)

Aber lassen wir Marokko für heute, — da unglücklicher- weise, die Gelegenheit darauf zurückzukommen, nicht fehlen wird. — Und betrachten wir einen Punkt des Horizonts, wo der Himmel sich erhellt. Ich will von dem beachtlichsten Vertrag zwischen Frankreich, England, Belgien und Deutschland sprechen, der die östlichen Grenzen Frankreichs sichert, d. h. die endgültige Entlassung Deutschlands auf Etich — und die Verzichtleistung auf jeden neuen Angriffskrieg, da Deutschland sich sicherlich nicht ein zweitesmal der Gefahr aussetzt, diese drei verbündeten Länder anzugreifen.

Ohne Zweifel werden die Gelehrten fragen, was uns dieser Vertrag mehr gibt, als der von Versailles? Vor drei Monaten hat unser Mitarbeiter M. Alexander in diesem Blatt darauf geantwortet. Der neue Vertrag wird uns die Einwilligung Deutschlands bringen, welche uns der Vertrag von Versailles nicht gebracht hat. Der Vertrag von Versailles ist für Deutschland nur ein erzwungenes Ver- sühne moralischen Wert. Der neue Vertrag wird ein tatsächliches feilgelegtes Akt sein, gegen den die Deutschen nicht mehr den Einwand erheben können, daß er wie im ersten Fall „durch Gewalt erzwungen worden ist“ und daher von vornherein ungültig war, da er gegen unsere Gesetze und die der ganzen Welt verstoßen hat. Man wird mit sagen, daß dies bei allen Verträgen der Fall war, die nach Kriegen geschlossen wurden. Schön. Und deswegen hat früher

sich auch weiteren Anregungen nicht verschließen, deren Ausführung im Interesse des gesamten Betriebes liegt, wie z. B. dem Vorschlag auf Einstellung eines Fabrikarztes. Durch die Einrichtung von ärztlichen Sprechstunden für die schwangernen Arbeiterinnen würde eine wirksame Schwangerenfürsorge im Betriebe geschaffen. Damit die Schwangeren während der Kanzen keine bei aus der Schwangeren- schaft herrührenden Anfallen Gelegenheit zum bloßen liegen haben, wäre die Errichtung eines freundlich ein- gerichteten Raumes notwendig. Auch die Einrichtung guter Kantinen und die Bereitstellung von Speisen und Getränken, die den besonderen Bedürfnissen der schwangernen Arbeiterinnen entsprechen, kann zur Erleichterung der Lage wesentlich beitragen; schließlich dürfte sich in allen Betrieben, die weibliche Arbeitnehmer beschäftigen, die Bereit- stellung von Medikamenten empfehlen, die nach ärztlichen Erfahrungen im Zustande der Schwangerschaft erforderlich sind.

jener Vertrage länger gedauert, als die Macht desjenigen, der ihn diktiert hat überleben blieb. Die ganze Geschichte beweist es. Dieses wird sicher auch das Schicksal des Ver- trages von Versailles sein, wenn Deutschland nicht freiwil- lig einwilligt, ihn zu ratifizieren. Und nun willigt Deutschland wirklich unterhoft ein, wie der vorhergehende Artikel berichtet, und es wäre unflug, dies abzuwei- sen. Was zu befürchten ist, ist, daß Deutschland kein Ver- bieten zurückzieht, da nicht einzugehen ist, was es dabei ge- winnt.

Diejenigen, die sich einbilden, daß es genügen würde, durch die Entwaffnung Deutschlands die Sicherheit Frank- reichs und den Besitz des Etich zu bereinigen, sind wie die Blinde, die dem Abgrund entgegen gehen. Deutschland wird nicht abrüsten, und jenes Memorandum (Die Entwaff- nungsmote. Neb.) welches in einigen hundert Artikeln Gesetzesbetrachtungen aufzählt, ist nur eine diplomatische Komödie. Antwortet mit gutem Gewissen auf diese Frage: Wenn im Jahre 1871 Deutschland dem besiegten Frankreich die Klausel der dauernden Entwaffnung diktiert hätte, glaubt ihr, daß Frankreich sie beachtet hätte? Kein Land, nicht einmal die Asteute, würden auf eine vollständige Abrüstung eingehen, angehts von Kaaborn, die bewacht nicht bleiben. Ich behaupte sogar, daß Deutschland das Recht hat, die Einwirkung zu machen, daß die Verschiff- tung der Abrüstung, die ihm aufgezungen worden ist, von heute ab annulliert ist. Und tatsächlich, was sagt der Artikel 159 als Einleitung zu dem Kapitel, welches die Vorkehrungen zu der Entwaffnung aufzählt: „Um die Vorbe- reitung einer allgemeinen Abrüstungsabstimmung aller Na- tionen möglich zu machen, verpflichtet sich Deutschland, ge- nau die folgenden Abrüstungsbestimmungen einzuhalten“, d. h. daß die Abrüstung Deutschlands, durch die Ent- waffnung der anderen Mächte bedingt ist. Es gehört den- jenigen mit der Entwaffnung anzuzugehen, der den Krieg begonnen hat. Schön. — Aber wenn die anderen Mächte sich dieser Bewegung nicht anschließen, fällt die erwähnte Bedingung weg, und Deutschland ist davon befreit. Oder haben die anderen Mächte, seit dem vor 5 Jahren unter- zeichneten Vertrag die Abrüstung vorbereitet? Welche? Belgien? Frankreich? England? Italien? Polen? Japan? Rußland? Im Ende die Vereinigten Staaten, welche eine Milliarde Dollar für eine ungeheure Flotte ausgegeben haben? Wenn sie sich also über den Artikel 159 lustig machen, warum soll Deutschland allein gezwun- gen sein, den Vertrag zu halten und zu beachten und allein abgerüstet in der Mitte eines bis an die Zähne bewaffne- ten Kreises zu stehen? Eine solche Aussicht ist unbalbar nicht nur für jeden Deutschen, sondern auch für jeden recht- scheidenden Menschen und für jeden, der auf ein ehrlich- es Spiel hält.

Nur wenn der wechselseitige Vertrag unterschrieben sein wird, nur dann wird auf beiden Seiten des Abrens — und von hier aus für alle Länder — die wirtschaftliche Ab- rüstung beginnen.

(Uebersetzt von Frau Eric Grünfeld.)

1) Während dessen ist er nirgends zurückgedrängt worden, und wir sind diejenigen, deren Front aufgestellt wurde. Vom militärischen Standpunkt aus, verdient dieser Bandenführer etwas mehr Beachtung, dem es gelungen ist, die ganze französische Armee „mit all ihren Kräften“, ohne Luftfahrzeuge, ohne Tanks, fast ohne Kanonen, während zwei Monate hindurch in Schach zu halten.

Es gibt keine nationale, internationale, diplomatische, oder wirtschaftliche Frage, die je aufgetaucht ist oder je auftauchen wird, die nicht durch denkende Menschen in Konferenzen gelöst werden könnte.

Nehmen wir das Beispiel an, eine Frage könnte nicht durch Verhandlungen gelöst werden, so kann sie durch Krieg auch nicht befriedigend gelöst werden. Durch Krieg kann nichts gewonnen, aber alles verloren werden. Krieg bringt Chaos, das am Ende doch wieder durch Verhand- lungen geordnet werden muß. Wir haben den letzten Krieg noch nicht abgeschlossen, und es ist ein juchbarbares Gebante, daß alles, worüber nach dem Krieg verhandelt worden ist, vorher hätte geregelt werden können, wodurch uns das unbeschreibliche Blutbad erspart worden wäre.

Andreas Bachmann.

## Kriegslogik.

Welch ein Anblick! Hierher, Vorkriegszeit! Hier bei dem verwirrten Geiste Schwärze, deinem Volk ein janitärer Führer. Deiner Welt ein Friedensgott zu sein. Hier schau her, wenn dich nach Rußme dürstet Zähle diese Schadel, Völkerricht. Vor dem Ernste, der dein Haupt, entfürstet, In die Stille niederlegen wird, Daß im Traum das Leben dich umwimmelt Das hier unterging in kaltes Grauen; Ist es denn so lödlich, sich mit Trümmern In die Weltgeschichte einzubauen?

Christ. Aug. Tiebke.

Ritafel: „Biologie des Krieges.“

## Senileton

31. Juli 1914:

In Deutschland Kriegsruksand. In Paris Jean Jaures ermordet, weil er vor dem Kriege warnte.

Wenn Krieg anfängt, so muß der Teufel die Höhl' um's Hunderttausend Klaffter weiter machen.

Christoph Schmann, 1662.

Es hat nie einen guten Krieg oder einen schlechten Frieden gegeben. Benjamin Franklin.

Der Krieg — das zündendste, tiefste Brandmal der Menschheit! Fr. Gottl. Altpfaff.

Die erste Ursache aller Kriege und der Notwendigkeit nationaler Krieger in heutigen Europa ist die, daß die Weltmacht aller sowohl hochgestellten als niedrigen Personen in sämtlichen europäischen Ländern Friede sind und in ihren Herzen nach ihres Nächsten Gut, Land und Ruf ge- lüsten. J. Austin.

Diese Raubtiere des menschlichen Geschlechtes sind die erodenden Völker, welche wir, von den ältesten Zeiten an bis auf die neuesten, überall auftreten sehen, mit wech- selndem Glück, in dem ihr jeweiliges Gelingen und Miß- lingen durchweg den Stoff der Weltgeschichte liefert; daher eben Voltaire Recht hat zu sagen: „Dans toutes les guerres il ne s'agit que de voler.“ (In allen Kriegen kommt es nur darauf an zu stehlen.) Daß sie sich der Sache schämen, geht daraus hervor, daß jede Regierung laut-bekundet, nie anders, als nur Selbstverteidigung die Waffen ergreifen zu wollen.

Wir bekennen uns offen zu, der diesfalls veripotteten Idee eines allgemeinen europäischen Völkerriedens. Ist nicht der Gang der Weltgeschichte eine Annäherung zu je- nem Frieden?

Helmuth von Moltke.

Jeder Krieg, auch ein siegreicher, ist ein Unglück, und nicht nur für die Besiegten, sondern auch für den Sieger, Leider ist eine solche Meinung noch nicht die allgemeine, sie könnte es aber werden, wenn auch erst in Zukunft, durch eine bessere religiöse und sittliche Erziehung der Völker. Moltke 1888.

Der Krieg kann einmal notwendig gewesen sein, aber muß es auch bleiben? Die Flaorei, die Völkerverwan- derung, die Inquisition waren zu ihrer Zeit naturnotwendig, und doch haben sie aufgehört. Der Mensch entwickelt sich eben. Peter Roieger, geb. 31. Juli 1843.

Die Völker, die sich opfern, sterben für Ideen, aber die Menschen, die diese Völker opfern, leben für Interessen. Romain Rolland.

Militarismus ist die Anshauung, die die Macht über das Gesetz stellt. David Starr Jordan.

Militarismus ist eine Weltanschauung. Es ist der Glaube, daß der tierische Kampf mit Zähnen und Kanonen wirk- samer ist, als der menschliche Kampf mit Worten und Ver- bergeunauen.

Ritafel: „Biologie des Krieges.“

## Sprechende Zahlen.

Von statistischen Berechnungen und Zahlen hält der Durchschnittsbildner nicht viel. Das liegt bis so langweilig, und wer weiß, ob's stimmt! Gegen die Marktberichte beispielsweise herrscht hartes Mißtrauen, denn die Notierungen der Marktpreise sind auf dem Papier immer niedriger, als die Hausfrauen einkaufen können. Aber, auf die Gefahr hin, daß die nachfolgend angeführten Zahlen und Vergleichsziffern einer ähnlichen Kritik begegnen, erheben sie doch geeignet, dem deutschen Volke siffernmäßig seinen wirtschaftlichen Niedergang in Ernährung und Verdienst, die dann einsetzenden Anfänge einer leisen Besserung, die und in letzter Zeit wieder zutage tretenden ersten Schritt vor Augen zu führen.

Zunächst einen Blick auf unseren Ernährungsstand. Er weist, gemessen an der Ernährungsmöglichkeit im Friedensjahre 1913, noch immer ein hartes Minus auf. Hierbei ist nicht zu verkennen, daß durch den Verlust wertvoller Landestteile mit gut entwickelter Landwirtschaft unsere Nahrungsmittelbasis verfürzt wurde und zwar in der Art, daß wir

### relativ mehr Kornland

als Menschen verloren haben, weil das verlorene gegangene Land bisher jogenanntes landwirtschaftliches Lebensgebiet war. Die Zahlen, die dies belegen, entstammen einer von der „Zentrale für Heimadientil“ aufgestellten Statistik. Danach haben wir von unserem früheren 54 109 836 Hektar umfassenden Reichsgebiet 7 021 287 Hektar oder 13 Prozent, infolge des Verfalls der Diktats abtreten müssen. Eine Folge davon war, daß wir unter Zugrundelegung eines Durchschnitts-Erntetrages im Jahre 1923 nur 9 737 700 Tonnen einheimisches Brotgetreide zur Verfügung hatten gegenüber 14 612 700 im Jahre 1913. An Kartoffeln betrug die Ernte 1913 in Tonnen gerechnet 44 015 800, während wir uns im Jahre 1923 mit 32 580 600 Tonnen begnügen mußten. Dabei ist festzuhalten, daß im Jahre 1923 die als eine Folge des Krieges unermessliche Verminderung der bestellten Flächen und Erträge als bereits überwunden gelten konnte. Das Jahr 1924 brachte uns eine Ernte in Brotgetreide von 8 692 000 Tonnen und 36 249 800 Tonnen Kartoffeln. Eine Kürzung unserer eigenen landwirtschaftlichen Nahrungsmittelbasis ist also anerkennbar und die Wirkung muß noch härter in Erscheinung treten, wenn wir hinanzurechnen, daß bereits vor dem Kriege 17 Prozent unserer Bevölkerung von ausländischen Nahrungsmitteln lebten.

### In gleicher Weise veranschaulicht uns die Verengung unserer Nahrungsmittelbasis ein Blick auf den

### Rückgang der Fleischversorgung.

So stehen beispielsweise den 1913 beschlachtetem geschlachteten 3 213 347 Rindern nur 2 027 328 Stück im Jahre 1923 gegenüber. Bei Schweinen ist der Ausfall noch härter. Denn während das Jahr 1913 16 378 542 geschlachtete Tiere aufwies, zählt die beschlachtete Schlachtung im Jahre 1923 nur 5 781 771 Stück. Erschwerend tritt hier noch hinzu, daß nicht nur die Stückzahl, sondern auch die Abnahme des Schlachtgewichts eine Rolle spielt. Eine Verringerung zeigt sich im Jahre 1924 in dem 2 902 559 Rinder und fast doppelt soviel Schweine wie im vorhergehenden, nämlich 10 181 754 geschlachtet wurden. Errechnet man den Fleischverbrauch auf den Kopf der Bevölkerung in Kilogramm, so ergibt sich gegenüber einem Verbrauch von 52,077 im Jahre 1913 ein solcher von 30,308 Kilogramm im Jahre 1923 und von 41,244 Kilogramm für 1924.

Diese Zahlen erlauben einen klaren Rückblick auf die allgemeine Wirtschaftsfrage und auf den Ernährungsstand unseres Volkes. Besonderer Beachtung bedarf es dabei, daß analog diesen Verhältnissen die Mitte Februar vorigen Jahres einsetzende Senkung der Preise bereits wieder eine bedenkliche

### Kurze nach oben

eingekommen hat und sich in neuer Zeit in ständigen Anteilen erschwerend bemerkbar macht. Steigende Preise sind aber, wenn die Verdienstmöglichkeiten der breiten Volksschichten mit ihnen nicht Schritt halten, und das ist gegenwärtig unteuher der Fall, immer die Ursache einer sinkenden Lebensweise mit vermindertem Fleischkonsum.

### Spruch

Lutherisch, päpstlich und salomisch —

Diese Glauben alle drei —

Sind vorhanden, doch ist Zweifel,

Wo das Christentum dann sei?

Friedrich von Logau, † 25. Juli 1655.

Die wahre Freude am Leben besteht darin, daß man für einen bestimmten Zweck, den man selbst als einen nützlichen anerkennet, gebraucht wird, und daß man durch und durch aufgebraucht ist, bevor man auf den Lumpenhaufen geworfen werden muß. Zu wissen, daß man eine Naturkraft sein kann, hat eine fieberkranken, selbstfüchtigen kleinen Bündels von Schmerzen und Nöten, das jammer, weil die Welt sich nicht der Aufgabe widmet, einen glücklich zu machen.

Bernhard Shaw, geb. 26. Juli 1856.

Zu schäme von dem ganzen Regime der neueren Zeit nichts so sehr, als die absolute Oszentlichkeit, es soll kein Winkel des öffentlichen Lebens dunkel bleiben.

... aber ein Gedanke, der richtig ist, kann auf die Dauer nicht niedergeschlagen werden.

Otto von Bismarck, gef. 30. Juli 1898.

Zu dieser steigenden Preissteigerung für die wichtigsten Nahrungsmittel und zu diesem Minus einer genügenden Fleischmahlung stellte sich im Jahre 1923 eine

### Erwidlung der Arbeitslosigkeit,

die ihren Ausdruck in Folgendem findet. Nach der oben angegebenen statistischen Quelle betragen die absoluten Zahlen der Vollerwerbslosen, soweit sie Unterstützung empfangen, im unbesetzten Deutschland:

am 1. 8. 1923	139 000
am 1. 10. 1923	534 000
am 1. 11. 1923	954 000
am 1. 12. 1923	1 466 000

Dazu treten Ende 1923 fast 2 Millionen Vollarbeitslose im besetzten Gebiet. Welche Summen mußten Staat, Gemeinden, Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufbringen, um diese arbeitslosen Volksgenossen wirtschaftlich nicht ganz zu Grundegehen zu lassen!

Zu diesen Vollerwerbslosen kamen dann noch die jogenannte Kurzarbeiter, die meist auf weniger als die Hälfte ihrer bisherigen Verdienste angewiesen waren, und infolgedessen ebenfalls Unterstützungen erhalten mußten. Um sich ein Bild von diesen katastrophalen Zuständen machen zu können, wird die Feststellung genügen, daß Ende 1923 fast die Hälfte der nicht-landwirtschaftlichen Bevölkerung in vollem Umfang oder teilweise erwerbslos war und der öffentlichen Unterstützung bedurfte.

Einen Umschwung zum Besseren brachte auf diesem Gebiet erfreulicherweise die

### Festigung anderer Währung.

Die Anzeichen einer Wiederbelebung der Wirtschaft und des Verbrauchs machten sich bemerkbar und die Zahl der Vollerwerbslosen, die noch im März 1924 1 669 000 betrug, sank im Juni auf 208 258. Leider hielt diese Besserung nicht lange an. Denn schon im August war die Zahl der Vollerwerbslosen wieder im Ansteigen begriffen. Geldmangel und Absatzschwierigkeiten, Stilllegungen und Konkurse übten ihren Einfluß aus, so daß am 1. September 1924 bereits wieder mit einer Zahl von 372 142 Vollerwerbslosen im unbesetzten Gebiet und mit 588 485 im gesamten Reichsgebiet gerechnet werden mußte.

Die Kennzeichnung unserer gegenwärtigen Arbeitsmarktlage sind

### harte wirtschaftliche Spannungen

zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern, die ihre Auswirkung bereits mehrfach in Streiks und Ausparierungen aufweisen. Der treibende Faktor ist vor allem die flackernde Bewegung der Preise für alle Nahrungsmittel und Bedarfsartikel. Hier machen sich bereits die Schatten bemerkbar, deren Ueberherrschung in der Volkspolitik der Reichsregierung zu suchen ist. Auch die Voraussage der Reichspräsidenten, daß die Wahl Hindenburg zum Reichspräsidenten Erleichterungen auf dem wirtschaftlichen Gebiet bringen werde, hat sich als trügerisch erwiesen. Zahlen sprechen deutlich, und die vorliegenden Zahlen geben uns ununterbrochen ein trübes Bild von unserer gesamten Wirtschaftss- und Ernährungsfrage.

J. Dornblüth.

## Hauptversammlung der Deutschen Friedensgesellschaft.

Die diesjährige Hauptversammlung der Deutschen Friedensgesellschaft wird in dem an Ortsgemeinschaften reichsten Gebiet Westdeutschlands, in Dortmund, vom 28. bis 31. August 1925 stattfinden. Außer mit organisatorischen Fragen wird sie sich insbesondere mit dem Gener Protokoll und Achtung des Krieges beschäftigen. Referenten sind: Dr. Helene Stöcker und Hans Wehberg.

## Aus Parlamenten und Parteien

### Demokratische Fürsorge für die Grenzmark.

Die demokratische Fraktion des preußischen Landtags hat einen Antrag *R i e d e l* eingereicht, der das Staatsministerium ersucht, angeheißt der besonderen politischen und wirtschaftlichen Notstandverhältnisse in der Grenzmark Posen-Westpreußen, schleunige Abhilfemaßnahmen zu treffen. Im einzelnen verlangt der demokratische Antrag 1. eine gründliche Befragung der Verhältnisse in der Grenzmark, insbesondere der Eisenbahnverbindungen und Kunststraßen, 2. beschleunigte Maßnahmen zur Behebung der Kreditnot durch Bereitstellung von Mitteln für Darlehen zu annehmbarem Zinssatz an die Betreibenden, die kleinen Landwirte und den gewerblichen Mittelstand, 3. im Einvernehmen mit der Reichsregierung für eine Revision der vollkommen unzureichenden Dienstlasseneinzelung für die Beamten der Grenzmarkorte zu sorgen, 4. durchgreifende Maßnahmen zur Verringerung der Wohnungsnot und endlich 5. angeheißt der bevorstehenden Annäherung der aus Polen zurückkehrenden Soldaten geeignete Maßnahmen zu treffen, doch ausreichende Mittel für diese in kürzester Frist zur richtigen Verteilung gelangen.

### Demokratische Anträge zum preußischen Justizetat.

Im Hauptauschuß des preußischen Landtags haben sich die Demokraten bei der Beratung des Justizetats mit einer großen Zahl von Anträgen eifrig beteiligt. Die wichtigsten davon geben wir hier wieder: das Staatsministerium wird ersucht, sofort den Entwurf eines Zerrengesetzes einzubringen. — Es wird ersucht, die betruenen Vertreter der Rechtsanwaltschaft bei der Geschäftverteilung der Gerichte und bei der Befragung von freiverwerbenden richterlichen Stellen auf Grund einer alsbald zu erlassenden Anordnung hinzuuzuziehen. — Daß bei der Reichsregierung mit allem Nachdruck dahin gewirkt werde, daß die Sonder-

gerichte den ordentlichen Gerichten baftmöglichst angegliedert werden. — Daß innerhalb der Justizverwaltung Arbeiten, die bisher von Beamten der Gruppe 4, 7, 8 ausgeführt werden, den Justizbeamten, die dazu berufen und geeignet sind, übertragen werden. — Daß Richter und Staatsanwälte mit modernem Büro (Bücher, Fernsprecher, Schreibkräften, Schreibmaschinen, Plätzen in Arbeitszimmern, gutgeleiteten Bibliotheken) so ausgestattet werden, daß diese hochwertig ausgebildeten Kräfte die volle Leistungsfähigkeit entwickeln können; daß die Sekretariate entsprechend vervollständigt werden. — Daß sämtliche Justizwachmeister mit Hieb- und Schußwaffen ausgerüstet, unter Eingliederung in die Polizei als öffentliche Sicherheitsbeamte anerkannt, mit polizeilichen Befugnissen innerhalb der Gerichtsgebäude betraut und nach erfolgter planmäßiger Ausstellung mit einheitlicher voller Uniform ausgestattet werden.

## Personalabbaubewerordnung im Reichstagsauschuß.

Der Hauptauschuß des Reichstags beschäftigte sich kürzlich ausschließlich mit der zweiten Verrinderung der Personalabbaubewerordnung. Bekanntlich ist der erste Verrinderungsentwurf von der Regierung zurückgezogen worden, nachdem sie einmah, daß es den Demokraten und Sozialdemokraten gelungen war, mit ihren wichtigsten Gründen die Einheitsliste der Regierungsparteien (Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Zentrum, Bajer, Volkspartei) zu durchbrechen. So enthält diese zweite Vorlage eine Reihe wichtiger Verbesserungen, die allein dem energischen Durchhalten der Oppositionsparteien, insbesondere den Demokraten, zu danken sind. Trotzdem liebte noch eine Reihe von Rechtsminderungen gegenüber dem früheren Entwurf bestehen, und es ist leider nicht gelungen, obwohl die Oppositionsparteien auch im Hauptauschuß um ihre zahlreichen Anträge mit leidenschaftlicher Hingabe forchten, die notwendigen Verbesserungen anzubringen. Die Regierungsparteien besanden sich von vornherein in der Mehrheit und hielten es deshalb nicht für nötig, auf die eingehenden Begründungen zu antworten. Abg. Schudt-Sieglitz hielt den den Regierungsparteien vor, daß sie doch immer am lauesten den Standpunkt verfochten haben, den Beamten ihre wohlverdienten Rechte, die durch die Abbaubewerordnung angefaßt sind, wiederzugeben. Jetzt werde ihnen durch die Anträge der Demokraten Gelegenheit gegeben, das Unrecht wieder in Recht zu wandeln. Sie mußten also allen diesen Anträgen zustimmen. Trotz dieser eindringlichen Ermahnung, zur Rechtswiederherstellung beizutragen, lehnten die Regierungsparteien einmütig die darauf hingelenden Anträge ab. U. a. stimmten sie dagegen, daß die Vergünstigungen aus den Länder- und Gemeindefürsorgestellen Beamten gegeben werden, die man den Reichswartungsstellen zubilligt, wenn sie wieder Dienst tun. Auch der Antrag, für jedes volle Jahr Wartungszeit ein halbes Jahr auf die ruhegehaltensfähige Dienstzeit anzurechnen, wurde von ihnen abgelehnt. Die jahreslangen Wartungsbeamten sind daher nicht in der Lage, ihre ohnehin schon sehr bemessene Pension zu erhöhen, und werden bei Ueberführung in den dauernden Ruhestand diese wertwürdige Beamtenfürsorge der Regierungsparteien bitter zu beklagen haben. Abg. Schuldt trat für eine erhebliche Erhöhung der Abfindungssumme ein und beantragte, Ründigungsbeamten im zwölften Dienstjahr das zwölfte und unklindbare Beamten das vierundzwanzigste der letzten Monatsgehälter zu gewähren. Er erwidert darin die allein denkbare Form einer tüchtigen Ablösung wohlverdienter Rechte. Das gelte ganz besonders für die gegen alle Recht aus ihren Stellungen verdrängten unklindbaren Beamten. Für die letzteren beantragte Abg. Schuldt-Sieglitz die Wiederherstellung des früheren Rechtsverhältnisses und Frau Abg. Dr. U. d. r. (Dem.) hielt mit eindringlichen Worten den Rechtsparteien die doppelte Moral vor, die sich darin zeigt, daß sie auf der einen Seite den Schuß der Familie fordern, um auf der anderen Seite, falls dieser Schuß praktisch werden sollte, die darauf hingelenden Maßnahmen abzulehnen. Es handle sich für die Beamten um durch die Verfassung geschützte wohlverdiente Rechte, deren Wegnahme nur durch ein verfassungswidriges Gesetz möglich sei. Leider wurde auch dieser Antrag von den Regierungsparteien abgelehnt. Ebenso wurde ein Antrag Schuldt-Sieglitz abgelehnt, bei Wiederbeschäftigung von Wartungsbeamten Aufzählungen und Beförderungen zu berücksichtigen.

## Der Beamtenurlaub.

Im Beamtenauschuß des Reichstags wurde über Dienst- und Ruhezeiten und Urlaub der Ruhebeamten gesprochen. Dabei ergab sich, daß in verschiedenen Ländern eine beamtenfreundlichere Regelung als im Reich besteht. Preußen fordert z. B. nur die 48 Stunden-Woche, während das Reich 51 Stunden vorschreibt. Eine Entschärfung des demokratischen Abg. Schuldt-Sieglitz fordert 1. Eine gesetzliche Regelung der Dienst- und Ruhezeiten der Beamten unter grundsätzlicher Anerkennung der 48 Stunden-Woche, 2. Durchgehende Dienstzeit, wo immer angängig, 3. Beschränkung des Nacht- und Feiertagsdienstes auf das äußerste Maß und Entschärfung durch Freisetzen an Werktagen, wenn die Nacht- und Sonntagsarbeit unvermeidlich ist.

## Bei Unregelmäßigkeiten

in der Zustellung des „Politischen Wegweiser“ bitten wir unsere Leser, sich sofort an das zuständige Postamt zu wenden und bei diesem ihre Beschwerde vorzubringen.

## Vorkämpfer Antisemitismus und geistlich gefälschter Nationalismus.

Unter der Ueberschrift „Antisemitismus und Geheiß“ brachten wir in unserer Ausgabe vom 13. Juni eine Schilderung des Kriegszustandes, der zwischen der „Halleischen Zeitung“ und der „Allgemeinen Zeitung“ ausgebrochen ist. Grund: Die beiden Kolleginnen waren sich auf dem Lande beim Internatengestrich ins Gehege gekommen, und dabei war die politische Freundschaft in die Brüche gegangen. Die „Halleische Zeitung“ hatte sin ihrer Aufregung die Freundin, um ihr auf dem Lande das Geheiß zu verbreiten, ein Judenblatt genannt und mußte sich dann, vor Gericht stützend, unter Vorlage von Briefen, die sie selbst an den Vorsitzenden des Halleischen Vereines der Staatsbürger jüdischen Glaubens gerichtet hatte, behaupten lassen, daß sie als völkischantisemitisches Blatt sich nach Internat jüdischer Geheißleute die Beine ablaufe und sich geistlich bereit erklärt habe, als Gegenstück ihren Antisemitismus in die Gasse zu stellen. — Tabelle! — Daneben gab es dann noch eine Bloßlegung von allerhand Intimitäten: Und der augenblicklich als Sinner Tödelende wurde zu einer Geldstrafe von 300 Mark verurteilt.

Neudings gab es wieder eine Gerichtsverhandlung. Grund: das völkische Blatt hat von einem „angeblich national“ Charakter der deutschnationalen Kollegin gesprochen. Wiederum Austragen von Familienangelegenheiten, wobei der eine dem anderen darmit, daß er bei seiner Volkstreu nach der Kadenzfolge schiele. Hierauf folgender Gerichtsbescheid: „Im Wege einseitiger Verfügung wird das völkische Blatt förmlich verurteilt, es in Zukunft bei Vermeidung einer Geldstrafe für jeden Fall der Jambudbarhandlung zu unterlassen, die Deutschnationalen Kollegin als „angeblich national“ zu bezeichnen oder ihr öffentlich in anderer Form zum Vorwurf zu machen, daß ihr behauptet oder zur Schau getragener nationaler Charakter erhebelich ist oder den Tatsachen nicht entspricht.“ — Probierat em! Wenn der Nationalismus der deutschnationalen Presse geistlich gefälscht ist, kann das Vaterland ruhig sein.

Aber der Kriegszustand ist damit noch nicht zu Ende. Im Gegenteil, das völkische Blatt speit Feuer und Flamme und droht zunächst, den vorläufig geistlich gefälschten Nationalismus der früheren Freundin künftig sehr scharf unter die Lupe nehmen zu wollen. Man werde, so meint es sehr geistlich, diese (also ihre frühere Freundin) an ihren Krüchten erkennen. Und wenn auch ein Verleumdung durch einseitige Verfügung die Bezeichnung Stinbaum sichern lasse, so züchte er deswegen noch lange keine Birnen. — Demnach ist noch manches zu erwarten, und die Befürchtung liegt nahe, daß der Kampf, zumal bei der herrschenden Hitze, für die beiden Streitparteien nicht ungefährlich werden kann. Wenn sie sich nur nicht gegenseitig verschlingen! Es wäre jammerlicher!

## Organisierter Mord.

In dem völkischen Mordordprozess in Mecklenburg hat das Schwurgericht, wie bekannt, 4 Angehörige völkischer Verbände wegen Ermordung eines früheren lautmännlicher Angehörigen der Rotawerke Verurteilung namens Hellmuth S o l z zum Tode verurteilt. Leider haben die Verhandlungen des Schwurgerichts unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattgefunden. Immerhin ist aber lübeli extenbar, daß auch dieser junge Mensch das

Opfer eines politischen Terrors geworden ist, der nachgerade unerträglich erhebt. Holz hat das Schicksal derjenigen erlitten, die zunächst aus politischen Idealismus mit Gleichgesinnten in die Reihen gewisser Organisationen eintraten, um später durch das Treiben derselben angegriffen, ihnen den Rücken zu kehren und dann als gefährlicher Mitwisser bestraft zu werden. Holz gab seine Stellung als lautmännlicher Angehöriger auf und folgte Ende des Jahres 1922 den Werbungen, die jenseitig von der Rotawerke-Truppe nach angeblich landwirtschaftlichen Arbeitern erfolgten. Er wurde als Gutsherrenrat eingeweiht. Bald mußte auch dieser bedauerenswerte junge Mensch erkennen, daß die angeblich landwirtschaftliche Arbeit Nebenache und die militärische Organisation solcher bemanneten Verbände die Hauptsache ist. In dieser Erkenntnis wollte er aus der Organisation austreten und seine Stellung in Mecklenburg aufgeben. Das wurde ihm zum Verderben. Er wurde zu viel und wurde insofern von den ehemaligen Genossenschaftsfreunden, wie so viele vor ihm, einfach bestraft. Es ist ein grauenvolles Bild, das uns dieser Mord vor Augen führt. Erregend muß geordert werden, daß gegen derartige Organisationen endlich mit aller Schärfe gegen Gehebe vorgegangen wird. Sie bilden eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und sind ein Schandfleck für unser deutsches Vaterland!

## Der Fragesteller.

Salentzler in Marzoll! Nach Abbildungen, die vom Marzollischen Kriegshauptplatz hierher gelangt sind, führen die französischen Bombenflugzeuge als Schutz u. Trugzeichen das Salentzler. Das ist aus verschiedenen Gründen bemerksenswert. Bisher haben wir beispielsweise angenommen, daß dieses Zeichen als einwandfreie Bezeichnung einer rein arisch-deutschen Abkammerung gelten und die damit Geschmückten als besonders hervorragende „Vorbeden“ kennzeichnen soll. Was nun die Franzosen dazu anhaben? — Allerdings, eine Lehnhaftigkeit fällt in die Augen. Denn so wie unsere Deutschvölkischen an händigen Zornschwund (leibn), so sehen die Franzosen gegen die Rissele in dauernder Rückwärtsbewegung. Aber, Deutschvölkische und französische Flieger unter einem Symbol, das ist trotzdem mehr wie peinlich. Was werden Hitler und von Gehebe dazu sagen und was geben sie dagegen zu tun? Vielleicht wagt Herr Schlange-Schönungen Rat! Wie wäre es, wenn man um das Salentzler unserer Deutschvölkischen zum Unterzeichen von dem französischen Patentreiz eine Ringelmarke anbrachte und sich diesen deutschen Patentreiz auch im Auslande rechtzeitig patentieren ließe! — Schande dem, der schlechtest dabei dent.

Der „Alte Deutscher“ schimpft. Und zwar regt er sich diesmal besonders stark darüber auf, daß ihm wichtigsteischer Duld gegen politische Andersdenkende vorgeworfen und der Eintritt von Arbeitern in die sogenannten vaterländischen Verbände in den meisten Fällen auf einen solchen Zwang zurückgeführt wird. Um diesen Vorwurf zu entkräften, wirft das Blatt mit Ausdrücken, wie „Lausbuben, Trottel!“ usw. nur so um sich und glaubt damit aufsehender eine Rechtfertigung ersten Grades erzielt zu haben. — Mit Verlaub! Mit Schimpfwörtern hat man noch niemals die Wahrheit zutage gefördert. Glaubt man in den Kreisen der sogenannten vaterländischen Verbände wirklich, daß die ehemaligen Kommunisten, die jetzt mit dem Stahlhelmabgeordneten unterhalten und von denen man bei den letzten

Wahlen in Halle einen der größten Schreier als deutschnationalen Feind ausgespielt hatte, innerlich überzeugte „Stahlhelmbreiter“ geworden sind? Darnit müßte beispielsweise die politisch-parlamentarische Ehe zwischen Rütch und Weiserpreislich Reingewebe sein. Vorkläufig möchten wir in diesem Sinne noch nicht gratulieren.

Präsidentenwahl und Schuldfrage. In Halle hat, wie es in Zeitungsberichten heißt, eine Kundgebung gegen die Schuldfrage unter Beteiligung sämtlicher vaterländischer Verbände stattgefunden. Dabei sind unter den Rängen des Präsidentenwahlzuges zunächst die Fahnen dieser Gruppen in den Vortragsaal gebracht worden, dann hat man auf die zur Zerstückelung der Schuldfrage unbedingt erforderliche deutsche Volksgemeinschaft hingewiesen und schließlich haben ein Präfekturvermerk und Darbietungen der Stahlhelmtabelle die Versammelten in Stimmung verlegt. — Glauben die Verantwortlichen, mit solcher Festlichkeit der Sache etwas zu nützen? Präsidentenwahl und bengalische Beileuchtung werden auf die vom ganzen Volke geforderte Reifung des Reichstages mit demnächstigen bei diesem geistigen Kampf die militärische Seite weglassen?

## Ans den Vereinen

### Reichsjugendtag der demokratischen Jugend in Altenburg (Thür.)

Wir fordern unsere Freunde nochmals dringend auf, an dieser Tagung teilzunehmen. Auch Mitglieder der Demokratischen Partei und des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold sowie alle jungen und alten Republikaner sind uns herzlich willkommen. Der Preis für die Teilnehmerkarte ist von M. 3.— auf M. 1.— herabgesetzt, da keine Vorkaufspreise stattfinden. Dagegen hat die Bundesleitung einen billigen Anreiz, daß zahlreiche Altenburger Gastwirte ein billiges Essen bereithalten. Selbstverständlich ist, daß alle Teilnehmer einfache Wanderkleidung und unser Bundesabzeichen tragen. Abfahrt unserer Gruppe-Salle am Sonntagabend, den 1. August, vormittags 10.45 ab Halle. Die Teilnehmer treffen sich pünktlich 10.15 Uhr am Hauptbahnhof.

In der Zukunftsplanung des Republikanischen Frauenbundes wurde als erster Punkt der Tagesordnung die diesjährige Verfassungsvergütung besprochen; hierbei kam ein vieljüngeres Behauern darüber zum Ausdruck, daß der 11. August nicht als offizieller Nationalfeiertag eingetragt worden ist und wurde folgende Entschloßung, die den Abgeordneten unseres Volkstreffes zugestimmt werden wird, angenommen:

„Die am 13. Juli 1925 stattfindende Verammlung des Republikanischen Frauenbundes beauftragt ungenötigt, bis her der 11. August noch nicht gesetzlicher Feiertag ist und erwartet von den Abgeordneten der auf dem Boden der Verfassung stehenden Parteien, daß sie sich mit aller Energie dafür einsetzen, den 11. August durch Gesetz als Nationalfeiertag anzuerkennen.“

Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. B. Johannes Dornblitz; für den Anzeigenteil und Verlag: Deutsche Demokratische Partei. Gedruckt in Halle.

Druck: Buchdruckerei der Allgemeinen Zeitung, Delitzsch.

**ALLE NERVEN**  
gebrauchen zur Gesunderhaltung  
die richtige Nahrung

aber wie wenige Menschen denken daran, und wieviel Hunderttausende leiden unter der Erschöpfung ihrer Nerven ohne zu wissen, daß ihre Leiden diesen Ursprung haben.

**Kopfschmerzen, Schlaflosigkeit, Schwindelanfälle, dumpfer Druck im Gehirn, Verstimmungen oder Angstzustände, Reizbarkeit, Zerstreutheit, leichte Erregbarkeit, Abnahme der Energie, nervöser Husten, Zittern der Glieder, Gedankenschwäche, Wallungen, Blutandrang nach dem Kopf, Herzklappen, Gedankenschwäche, Müdigkeit, Schwäche, Ermattungsgefühle, Ueberempfindlichkeit gegen Geräusche, leichte Schreckhaftigkeit, schwere Träume, Ohrensausen, Unsicherheit beim Sprechen, Schlafsucht, Lach- und Weinkrämpfe, Melancholie und Hypochondrie.**

Das sind die ersten Anzeichen eines beginnenden nervösen Zusammenbruches, dem der Körperliche meist bald zu folgen pflegt.

Maß das aber so sein? — Nein! Aber Sie müssen Ihre Nerven richtig ernähren.

Das wissenschaftlich erprobte Nervenmittel  
**„NERVANOL“**  
 wird auch Ihre Rettung sein. Machen Sie einen Versuch damit!

**Eine Million - 1000000 Gratis-**  
 proben werden ganz kostenlos und franko versandt.

**Zögern Sie aber nicht!** Bei Nervenschmerzen ist oft ein verlorenes Tag anwiderbringlich!

von **Dr. med. S. Lampe s. m. l. A., Magdeburg.**

Wenn Magen- oder Gallenleidenheiten neben obigen Krankheitszeichen bestehen, ist dieses besonders anzurufen.

Beim Einkauf bestehen Sie sich bitte auf die Sureate im „Politischen Wegweiser“

Am Sonnabend, den 8. und Sonntag, den 9. August findet in Halle eine vom Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold veranstaltete

## Verfassungsfeier

in Form eines  
**Mitteldeutschen Reichsbannerlages**

statt. Die Reichsbanner-Gaue Magdeburg und Leipzig kommen an diesem Tage ebenfalls nach Halle. Die Verfassungsfeier wird somit zu einer großen republikanischen Kundgebung werden. Zur Einleitung findet Sonnabend ein

### Fackelzug

statt, der um 8 Uhr vom Rotplatz seinen Anfang nimmt und auf dem Hallmarkt endet. Sonntag nachmittag 11 Uhr findet ein Festumzug statt, der ebenfalls vom Rotplatz bis zum Hallmarkt geht. Festlokale sind: Volkspark, Wintergarten und Hofjäger. In allen drei Lokalen findet von nachmittags 4 Uhr ab Konzert und Tanz statt.

Programme und Festabzeichen, die zum Eintritt in die Festlokale berechtigen, sind auch in der Geschäftsstelle der Demokratischen Partei, Leipziger Str. 21, zu haben.

Die verfassungstreue Bevölkerung Halles wird gebeten, durch Ausschmückung und Belägen der Häuser zu einer würdigen äußeren Ausgestaltung der Kundgebung beizutragen.

Am Sonnabend, den 8. und Sonntag, den 9. August findet in Halle eine vom Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold veranstaltete

## Verfassungsfeier

in Form eines  
**Mitteldeutschen Reichsbannerlages**

statt. Die Reichsbanner-Gaue Magdeburg und Leipzig kommen an diesem Tage ebenfalls nach Halle. Die Verfassungsfeier wird somit zu einer großen republikanischen Kundgebung werden. Zur Einleitung findet Sonnabend ein

### Fackelzug

statt, der um 8 Uhr vom Rotplatz seinen Anfang nimmt und auf dem Hallmarkt endet. Sonntag nachmittag 11 Uhr findet ein Festumzug statt, der ebenfalls vom Rotplatz bis zum Hallmarkt geht. Festlokale sind: Volkspark, Wintergarten und Hofjäger. In allen drei Lokalen findet von nachmittags 4 Uhr ab Konzert und Tanz statt.

Programme und Festabzeichen, die zum Eintritt in die Festlokale berechtigen, sind auch in der Geschäftsstelle der Demokratischen Partei, Leipziger Str. 21, zu haben.

Die verfassungstreue Bevölkerung Halles wird gebeten, durch Ausschmückung und Belägen der Häuser zu einer würdigen äußeren Ausgestaltung der Kundgebung beizutragen.

**Reichsbannermützen**  
 mit echtem Lederstreifen zu Mk. 3.50  
 empfiehlt  
**Moritz Rosewitz :: Halle a. S.**  
 Steinweg 7.

Inferieren Sie im „Politischen Wegweiser“

**Kl. Berlin 2**

**BUCHDRUCKEREI „ALLG. ZEITUNG“ DELITZSCH**

liefert alle Druckarbeiten

